

## Das Absatzproblem Seite 15

Bisher wird in Deutschland durch die Politik (indirekt) ein Anteil durch Wind und Sonne erzeugter elektrischer Energie vorgegeben. Hierfür sind sehr hohe Leistungen erforderlich, da die Auslastung 2011 bei Wind nur etwa 15,9% und Sonne etwa 8,63% im Gegensatz zu den Kernkraftwerken mit über 90% betrug. Mit anderen Worten ist allein für den Ersatz der still zu legenden Kernkraftwerke die 6 bis 11fache Leistung zusätzlich zu installieren. Geht man von der im Jahre 2010 durch Kernenergie produzierten elektrischen Energie von 133 Mrd. kWh aus, müßten allein hierfür -- bei Ersatz nur durch Wind oder Sonne -- etwa 83 340 MW Windmühlen bzw. 175 926 MW Photovoltaik installiert werden. Im Gegensatz dazu beträgt der Leistungsbedarf in Deutschland an Arbeitstagen etwa 60 000 MW und an Son- und Feiertagen etwa 40 000 MW.

Bisher ist in breiten Bevölkerungskreisen bereits registriert worden, dass zu Zeiten von Flaute oder Dunkelheit Wind- und Sonnenstrom durch fossile Kraftwerke ersetzt werden muß. Gänzlich unbeachtet ist jedoch der Fluch von Starkwinden oder blauem Himmel über Deutschland. Wegen der sehr hohen installierten Leistungen, die nötig sind, um die politische Vorgabe des Energieanteiles zu erfüllen, kann dieser Strom nicht im Inland verkauft werden. Man kann nicht mehr Strom erzeugen, als gleichzeitig verbraucht wird. Dies ist eine eindeutige physikalische Obergrenze. Die technische Obergrenze ist noch weit aus geringer, da man nicht alle konventionellen Kraftwerke vollständig abschalten kann. Die Grenze nach Gesichtspunkten des Umweltschutzes ist noch einmal geringer, da durch das notwendige Verlassen der „Bestpunkte“ die Schadstoffproduktion ansteigt und bei kurzfristigen Störungen (böige Wetterlage) sogar höher als bei kontinuierlichem Betrieb ist. Betriebswirtschaftlich abwegig ist sie, da die Fixkosten ohnehin vorhanden sind und höchstens eine Brennstoffeinsparung zu verzeichnen ist.

Insbesondere die betriebswirtschaftliche Betrachtung eines ausländischen Energieversorgers mit hohem Kernenergie- oder Braunkohlenanteil dürfte einem notwendigen Absatz im Ausland sehr enge Grenzen setzen -- beträgt doch der Brennstoffanteil beispielsweise in einem Kernkraftwerk nur einige zehntel Cent. Da seine Fixkosten (insbesondere Kapital und Personal) ohnehin weiterlaufen, dürfte sein Interesse für einen Zukauf überschüssiger elektrischer Energie aus Deutschland sich lediglich auf diesem Niveau bewegen -- wenn überhaupt.

Es dürfte den deutschen Stromkunden nur schwer zu vermitteln sein, dass sie ständig steigende Strompreise bezahlen sollten, damit dieser „Stromabfall“ im Ausland abgenommen wird. Ganz abgesehen von internationalen rechtlichen Konsequenzen. Das Schließen der Deutsch-Polnischen-Strom-Grenze gegen unerwünschte Belastungen aus Deutschland dürfte erst der Anfang sein. Die Politik der Subvention der Ausfuhr von einer durch Garantiepreise verursachten Überproduktion, erinnert auf fatale Weise an die Agrarpolitik. Wie auch dort, dürften die auftretenden Schäden weit über dem reinen finanziellen Schaden hinausgehen.

Es ist daher davon auszugehen, dass zumindest die Windmühlen bei stärkerem Wind abgestellt werden müssen und damit die ohnehin geringe Auslastung weiter abnimmt. Es ist daher die wirtschaftliche Robustheit der Übertragungsnetzbetreiber nach erfolgter

Investition für abnehmende Ausnutzung der Netze durch entsprechende Stresstests zu ermitteln. Die Öffentlichkeit muß davor geschützt werden, dass eventuelle Kreditausfälle später durch die Allgemeinheit übernommen werden müssen. Auch in dieser Hinsicht bestehen beängstigende Parallelen zur sog. Finanzkrise. Dort war der Wunsch nach „Immobilienbesitz für Jedermann“ und hier der „Klimaschutz“ Pate der planwirtschaftlichen Eingriffe. Kredite können langfristig aber nur bedient werden, wenn ihnen realwirtschaftliche Leistungen gegenüberstehen. Zumindest wird dieses potentielle Ausfallrisiko durch entsprechende Risikoaufschläge des Kapitalmarktes abgedeckt werden müssen. Hohe Zinssätze führen aber ganz unmittelbar zu höheren Übertragungs- und damit Stromkosten.